



DIE BUNDESMINISTERIN
FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0093-Pr 1/2007

XXIII. GP.-NR

1487 IAB

23. Nov. 2007

zu 1496 IJ

An die

Frau Präsidentin des Nationalrates

Wien

zur Zahl 1496/J-NR/2007

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag^a. Christine Lapp, Genossinnen und Genossen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Integrative Berufsausbildung“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1, 2, 5 und 6:

Zum Stichtag 1. Oktober 2007 wird im Justizressort ein männlicher Jugendlicher im Lehrberuf Verwaltungsassistent im Rahmen der Integrativen Berufsausbildung ausgebildet. Primäres Ziel der Ausbildung – hier in Form einer verlängerten Lehrzeit – ist es, dem Jugendlichen einen vollständigen Lehrabschluss im Lehrberuf Verwaltungsassistent zu ermöglichen.

Zu 3:

Die Ausbildung dieses Lehrlings im Rahmen der Integrativen Berufsausbildung wird durch einen Betreuer der Berufsausbildungsassistenz von „Jugend am Werk“ unterstützt. Weiters steht ein Nachhilfelehrer für Buchhaltung und kaufmännisches Rechnen zur Verfügung, der sich gezielt um den Lernfortschritt in der Berufsschule kümmert. Bei Bedarf wird auch auf eine Nachhilfe für Deutsch zurück gegriffen werden. Am Arbeitsplatz wird der Jugendliche zudem von einem qualifizierten Lehrlingsausbilder betreut.

Zu 4:

Die Forcierung der Integrativen Berufsausbildung im Bund wurde von der Bundesregierung mit Ministerratsbeschluss vom 29. August 2007 festgelegt.

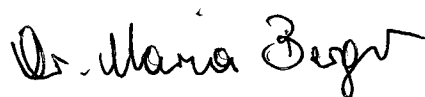
Die Vermittlung von Lehrstellensuchenden in die Integrative Lehrlingsausbildung beim Bund sowie damit einhergehende Beratungs- und Unterstützungsleistungen werden über die Plattform www.bundessache.at organisiert. Diese Plattform wurde gemeinsam vom Bundessozialamt, WienWork und dem Bundeskanzleramt gegründet. Sie unterstützt darüber hinaus bei der Suche nach Übungspraktika während des der Integrativen Berufsausbildung vorangehenden Clearingsprozesses sowie bei der Abstimmung mit den Unterstützungsleistungen der Berufsausbildungsassistenz.

Die LehrlingskoordinatorInnen in den Ressorts werden zudem von der im Bundeskanzleramt angesiedelten Bundeslehrlingskoordination informiert und beraten.

Zu 7:

Das Bundesministerium für Justiz ist gemeinsam mit den nachgeordneten Dienstbehörden weiterhin bemüht, möglichst vielen geeigneten BewerberInnen die Ausbildung zur/zum Verwaltungsassistentin/en anzubieten. Soweit als möglich soll dabei auch die Integrative Berufsausbildung von Jugendlichen einen fixen Bestandteil einnehmen.

23 . November 2007



(Dr. Maria Berger)